

Betreff:

Umgehende Schaffung der Zugänglichkeit zum Schul- und Bürgergartens

Organisationseinheit:

Dezernat III
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

26.03.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

24.05.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Zugang aus südlicher Richtung zum Haupteingang des Schul- und Bürgergartens Doweseeweg wurde aufgrund einer Trinkwassernetzsanierung für die Öffentlichkeit gesperrt. Für die Verlegung der Trinkwasserleitung im Doweseeweg musste die Asphaltschicht mittig auf einer Länge von ca. 400 Metern aufgeschnitten werden. Da die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte, war eine Vollsperrung erforderlich.

Nachdem die Verlegearbeiten der Trinkwasserleitung bis auf die noch ausstehenden Asphaltierungsarbeiten abgeschlossen waren, bestand die Möglichkeit durch die Aufstellung eines Bauzaunes, den Zugang aus südlicher Richtung zum Haupteingang ab dem 21.02.2018 für Fußgänger und Fahrradfahrer wieder passierbar zu machen. Alle vorhandenen Eingänge in den Schul- und Bürgergarten sind wie gewohnt zugänglich. Die Asphaltierungsarbeiten werden bei entsprechender Witterung im Nachgang erfolgen. Für die Asphaltierungsarbeiten ist eine nochmal zweitägige Vollsperrung erforderlich.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

Außenfläche (Spielplatz) für das SELAM

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.05.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Entscheidung)

24.05.2018

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen ob mit dem Neubau des Jugendplatzes im zukünftigen Kreuzungsbereich des Sackweges von der Hamburger Straße (zukünftiger Einmündungsbereich der neuen Stadtstraße Nord) zum Mittelweg im Verbund auch eine Außenfläche für das SELAM eingerichtet werden kann.

Sachverhalt:

Schon seit der Neueinrichtung des SELAM versucht die Leitung der Einrichtung eine dringend benötigte Außenfläche als Spielplatz zu finden. Eine Realisierung direkt am SELAM ist nicht möglich. An dem geplanten neuen Jugendplatz (Wegfall des alten wg. Neubau der Straße) am neuen Sackweg könnte eventuell noch ein Areal für eine Außenfläche mit eingerichtet werden. Dieser neue Platz wäre nicht allzu weit vom SELAM entfernt und könnte problemlos über zwei Überquerungen der Hamburger Straße erreicht werden.

gez.

Peter Kranz

Anlagen:

keine

Betreff:

Mobilitätsverknüpfungspunkt Bahnhof Gliesmarode

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

27.04.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	02.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	16.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	24.05.2018	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	30.05.2018	Ö

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau des Mobilitätsverknüpfungspunktes im Umfeld des Bahnhofs Gliesmarode wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Begründung der Beschlussvorlage

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 lit. g der Hauptsatzung. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Umgestaltung des Umfeldes am Bahnhof Gliesmarode zu einem Mobilitätsverknüpfungspunkt um einen Beschluss, der unmittelbar mit überbezirklichen Verkehrsplanungen zusammenhängt, so dass der Planungs- und Umweltausschuss beschlusszuständig ist.

Anlass

Der Bahnhof Gliesmarode wird von dem Regionalverband Großraum Braunschweig (Regionalverband) und der Deutschen Bahn AG saniert. Die Stadt Braunschweig nimmt dies zum Anlass, auch das Umfeld des Bahnhofs den neuen Mobilitätsansprüchen anzupassen. Das regionale Projekt, die Sanierung des Bahnhofs, wird mit dem lokalen Projekt, der stadtseitigen Umgestaltung des Umfeldes am Bahnhof Gliesmarode, koordiniert. Die verbesserte Verknüpfung des regionalen, öffentlichen Verkehrs mit städtischem, öffentlichem Verkehr sowie den erweiterten Mobilitätsangeboten soll zukünftig den Umstieg vom Zug in Bus und Stadtbahn sowie auf das Fahrrad erleichtern und somit den Umweltverbund fördern.

Bestand

Der derzeitige Bahnhof Gliesmarode sowie das Umfeld wird den derzeitigen Mobilitätsanforderungen nicht gerecht:

- Der Zugang zu den Gleisen ist nicht barrierefrei.
- Die derzeitige Stadtbahnhaltestelle liegt unter dem dunklen Brückenbereich (soziale Sicherheit).

- Bus- und Stadtbahnhaltestellen sind voneinander getrennt, sodass nicht ersichtlich ist, welche Haltestelle genutzt werden soll. Der Umstieg ist umständlich und zeitaufwändig.
- Die beiden Bushaltestellen liegen abseits des Zugangs zu den Zügen und der Stadtbahn.
- Der Zugang zu den Gleisen ist auf der aufkommensschwachen, stadtabgewandten Seite.
- Es stehen nicht genügend Fahrradabstellanlagen zur Verfügung.
- Es sind keine weiteren Mobilitätsangebote wie Taxistände oder Car-Sharing-Plätze vorhanden.
- Verknüpfungen mit den Radverkehrsnetzen im Alltags- und im Freizeitverkehr fehlen.

Wenn ab Ende 2019 die Regionalbahnen zwischen Uelzen und Braunschweig täglich im Stundentakt verkehren, wird das Fahrgastaufkommen an diesem Bahnhof stark ansteigen. Perspektivisch soll der Takt der Regionalzüge sogar auf einen Halbstundentakt verdichtet werden. Der Takt der Stadtbahn liegt derzeit bei sechs Fahrten in der Stunde. Dieser Takt wird voraussichtlich 2019 auf acht Fahrten die Stunde erhöht.

Aufgrund des steigenden Fahrgastaufkommens und der Bestandssituation ist die Notwendigkeit gegeben, nicht nur den Bahnhof zu sanieren, sondern auch das Umfeld den Mobilitätsansprüchen anzupassen.

Planung

Der Regionalverband plant im Rahmen des Investitionsprogramms „Niedersachsen ist am Zug 3“ den Bahnhof Glesmarode zu erneuern. Vorgesehen ist u. a. die Erstellung eines barrierefreien Mittelbahnsteigs mit Wetterschutz und der Bau einer barrierefreien Zugangsrampe. Nach intensiven Gesprächen zwischen der Verwaltung und dem Regionalverband ist es gelungen, dass der derzeit auf der Ostseite liegende Zugang auf die stadtzugewandte Westseite verlegt wird. Dadurch ergeben sich Chancen, das Umfeld des Bahnhofs zwischen der Böcklinstraße und dem Bahnhof neu zu gestalten und den Mobilitätsansprüchen anzupassen.

Die Stadtbahnhaltestelle wird aus dem dunklen Brückenbereich hervorgeholt, sodass sie prominent im Platzbereich liegt. Die Busse werden zukünftig die Stadtbahnhaltestelle als kombinierte Verknüpfungshaltestelle anfahren und somit auf dem Gleiskörper mitfahren. Die Taxistände in der Abtstraße runden das gebündelte öffentliche Mobilitätsangebot am Bahnhof Glesmarode ab.

In der Böcklinstraße werden Plätze für Car-Sharing-Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Ein Standort für eine Elektroladesäule bietet die Möglichkeit, Elektroautos aufzuladen und fördert damit an diesem Standort neben multimodaler Mobilität auch die nachhaltige Mobilität mit dem PKW.

Darüber hinaus treffen sich am Bahnhof Glesmarode wichtige Rad- und Fußwegerouten. Eine Fahrradstraße verläuft, von Westen kommend, von der Karlstraße über die Böcklinstraße zum zukünftigen Bahnhofsvorplatz. Der Ringgleisweg kreuzt in Nord-Süd-Richtung den Verknüpfungspunkt. Perspektivisch ist vorgesehen, den Ringgleisweg nördlich der Hans-Sommer-Straße über eine neue Trassierung im Zweirichtungsverkehr zur Abtstraße zu führen. Dies wird Gegenstand einer späteren Beschlussvorlage sein. Zunächst wird der Ringgleisweg beiderseits der Hans-Sommer-Straße über die bestehenden Radwege auf der jeweils rechten Straßenseite geführt. Ein möglicher Zubringer zum Radschnellweg Braunschweig-Wolfsburg mündet von nordöstlicher Richtung kommend am Bahnhof Glesmarode und knüpft im weiteren Verlauf an das Fahrradstraßennetz sowie den Ringgleisweg an.

Darüber hinaus werden auf der Platzfläche nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ die Fahrradabstellmöglichkeiten verbessert. Die Schaffung von Fahrradbügeln mit und ohne Überdachung bietet die Möglichkeit eines schnellen und geschützten Abstellens. In abschließbaren Fahrradkäfigen inkl. einem digitalen Zugangssystem können Fahrräder sicher abgestellt werden. Außerdem stehen Flächen für ein Fahrradverleihsystem zur Verfügung.

Informationsveranstaltung

Am 10. April 2018 hatte die Verwaltung die betroffenen Grundstückseigentümer, die Mitglieder der Stadtbezirksräte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer öffentlichen Bürgerinformationsveranstaltung in das Begegnungszentrum in Gliesmarode eingeladen, um die Planung zu erläutern, die Rahmenbedingungen der Straßenausbaubeitragssatzung zu erklären und Fragen zu beantworten. Folgende Anregungen wurden dabei gegeben:

- Als Zugang zu den DB-Gleisen wird von den Bürgerinnen und Bürgern für eine barrierefreie Lösung statt einer Rampenlösung ein Fahrstuhl gefordert.

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Rampe nach den barrierefreien Standards ausgebaut wird und somit bezüglich der Barrierefreiheit gleichwertig zum Fahrstuhl ist. Die Betriebskosten und die Vandalismusgefahr wären bei einem Fahrstuhl höher. Die Umsetzung des Zugangs zu den DB-Gleisen liegt aber im Zuständigkeitsbereich des Regionalverbandes und der Deutschen Bahn AG und ist nicht Teil des städtischen Projektes. Im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens besteht dort die Möglichkeit sich zu beteiligen.

- Aufgrund der engen Verzahnung der beiden Projekte, Sanierung des Bahnhofs und der DB-Gleise und Umgestaltung des Bahnhofumfeldes, wird ein Plan mit Abbildung beider Maßnahmen gewünscht.

Die Schnittstelle im Zugangsbereich wurde erläutert, die weiteren Planungen werden jedoch, um Verzögerungen zu vermeiden, unabhängig voneinander durchgeführt.

- Ein Anlieger macht darauf aufmerksam, dass öffentliche Parkplätze in der Abtstraße entfallen. Darüber hinaus fallen die Parkplätze westlich der Gleise weg. Angeregt wurde daher neben dem geplanten Jugendplatz Flächen für eine Parkpalette vorzuhalten.

Aufgrund der sehr guten Verbindung des öffentlichen Verkehrs sowie der idealen Rad- und Fußwegverbindungen wird von einem Vorhalten an Flächen für Parken unmittelbar am Bahnhof abgesehen. P & R-Plätze gibt es in großer Zahl an den Stadtbahnlinien und am Hauptbahnhof.

- Positiv angemerkt wurde die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs am Bahnhof Gliesmarode. Positiv wurde die Bündelung der Haltestellen für Bus und Stadtbahn zu einer Verknüpfungshaltestelle, die mit der neuen Lage ins Zentrum des Mobilitätsverknüpfungspunkt rückt, genannt.
- Ein Bürger schlägt vor, die Fahrbahn im Kreuzungsbereich der Gliesmaroder Straße/Abtstraße/Böcklinstraße optisch so zu gestalten, dass rechtzeitig bemerkt wird, dass ein Geradeausfahren in den Bereich der Verknüpfungshaltestelle nicht möglich ist.

Dieser Vorschlag wird in der Ausführungsplanung aufgegriffen. Die optische Abhebung der Fahrbahnoberfläche ist, aufgrund zwingend zu verwendender Materialien, schwierig. Aufgrund der Busbefahrbarkeit muss im Gleisbereich Stahlfaserbeton verwendet werden.

Im Querungsbereich muss bereits ein Materialwechsel erfolgen. Weitere Möglichkeiten werden in der Ausführungsplanung mitgedacht und geprüft.

- Ein Bürger kritisiert mangelnden Wetterschutz für Umsteigende vom Zug in die Stadtbahn. Mit der bisherigen Lage der Stadtbahnhaltestelle ist ein Wetterschutz mit der Brücke (Stadtbahnhaltestelle derzeit unter der Brücke) gegeben.

Zukünftig wird es auf beiden Seiten der Verknüpfungshaltestelle jeweils zwei Wetterschutzeinrichtungen geben, die einen ausreichenden Wetterschutz bieten. Eine

komplette Überdachung vom Zugangsbereich der DB-Gleise bis zur Stadtbahn-/Bushaltestelle ist nicht vorgesehen.

- Es wird eine Kurzhaltemöglichkeit für Pkw, die Reisende zum Bahnhof bringen (Kiss&Ride-Zone) vermisst.

Im Rahmen der Ausführungsplanung wird dazu eine Lösung erarbeitet.

- Positiv angemerkt wurde, dass der Zubringer zum Radschnellweg bereits in der Planung berücksichtigt wurde. Der Radschnellweg sollte jedoch am Bahnhof Gliesmarode nicht enden, sondern über die Karlstraße durchgehend Richtung Innenstadt geführt werden. Dies sollte nicht, im Bereich der Verknüpfungshaltestelle über einen gemeinsamen Geh- und Radweg erfolgen.

Im Umfeld des Bahnhofs Gliesmarode kreuzen sich viele Fuß- und Radverkehrsbeziehungen. Mit dem Auflösen der Wege im Verknüpfungsbereich wird eine Verkehrsberuhigung bewirkt, die die Verkehrssicherheit im zentralen Kreuzungsbereich erhöht. Eine schnelle Verbindung für den Radfahrer vom Zubringer des Radschnellweges wäre als Linksabbieger in die Abtstraße und im Weiteren über die Böcklinstraße zur Karlstraße.

- Fragen zum (weiträumigen) städtebaulichen Konzept sind nicht behandelt worden.

Für die Umsetzung des Mobilitätsverknüpfungspunktes ist kein Grunderwerb notwendig. Ein weiträumiges städtebauliches Konzept ist nicht Teil dieser Planung.

- Mehrere Bürger weisen darauf hin, dass es auf der Gliesmaroder Straße und auf der Hans-Sommer-Straße jeweils bei der Einfädelung in die Abtstraße zu Staubildung kommt und befürchten, dass sich dieses durch die künftig dort verlaufende Buslinie noch verstärkt.

Eine optimierte Koordinierung der Lichtsignalanlagen sowie eine Busbevorrechtigung am Knotenpunkt Hans-Sommer-Straße/Abtstraße wird in der Planung berücksichtigt.

- Es wurde nach der Bauzeit gefragt.

Die Bauzeit beträgt ca. 8 Monate. Die Arbeiten im Gleisbereich der Stadtbahn sollen in den Sommerferien durchgeführt werden. Die Gleissanierung wird parallel zu der Gleissanierung auf der Berliner Straße bis zur Querumer Straße in 2019 erfolgen.

- Die Planungen des Umfeldes am Bahnhof Gliesmarode sollen dem zukünftigen Fahrgastaufkommen der Regionalzüge angepasst werden. Dafür sollen die aktuellen, prognostizierten Ein- und Aussteiger beim Regionalverband abgefragt werden.

Die Planungen sind für ein deutlich steigendes Fahrgastaufkommen ausgelegt. Die konkreten Prognosezahlen für die Ein- und Aussteiger wurden von der Verwaltung beim Regionalverband abgefragt.

- Der Weser-Harz-Heide-Radweg soll in seinem Verlauf am Mobilitätsverknüpfungspunkt geführt werden.

Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, den Weser-Harz-Heide-Radweg über den Bahnhof Gliesmarode auf den Ringleisweg zu führen.

- Es wird gefordert, einen Zugang zu den Gleisen von der Grünewaldstraße zu ermöglichen.

In einem Abstimmungsgespräch zwischen der Verwaltung und der Deutschen Bahn AG sowie dem Regionalverband wurde die Zugangsmöglichkeit von der Grünewaldstraße

bereits gefordert. Aufgrund von technischen Anforderungen bedarf die Machbarkeitsprüfung einer genauen Untersuchung. Diese Untersuchung erfolgt unabhängig zur Umgestaltung des Bahnhofs Gliesmarode.

Die Planungen des Mobilitätsverknüpfungspunktes im Umfeld des Bahnhofs Gliesmarode wurden insgesamt positiv aufgenommen.

Aus den Diskussionen in der Informationsveranstaltung geht hervor, dass die Planung des Mobilitätsverknüpfungspunktes von den Bürgerinnen und Bürgern befürwortet wird.

Finanzierung

Die Kosten für die Umgestaltung des Umfeldes am Bahnhof Gliesmarode betragen 1,6 Mio. €. Darin enthalten sind u. a. auch Kosten für Fahrradabstellanlagen. Für den Straßenausbau in der Abtstraße fallen Kosten in Höhe von ca. 300.000 € Euro an. Die Anlieger beteiligen sich über Straßenausbaubeiträge mit ca. 150.000 € an der Finanzierung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Projekt 5E.660073 (DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode).

Weiteres Vorgehen

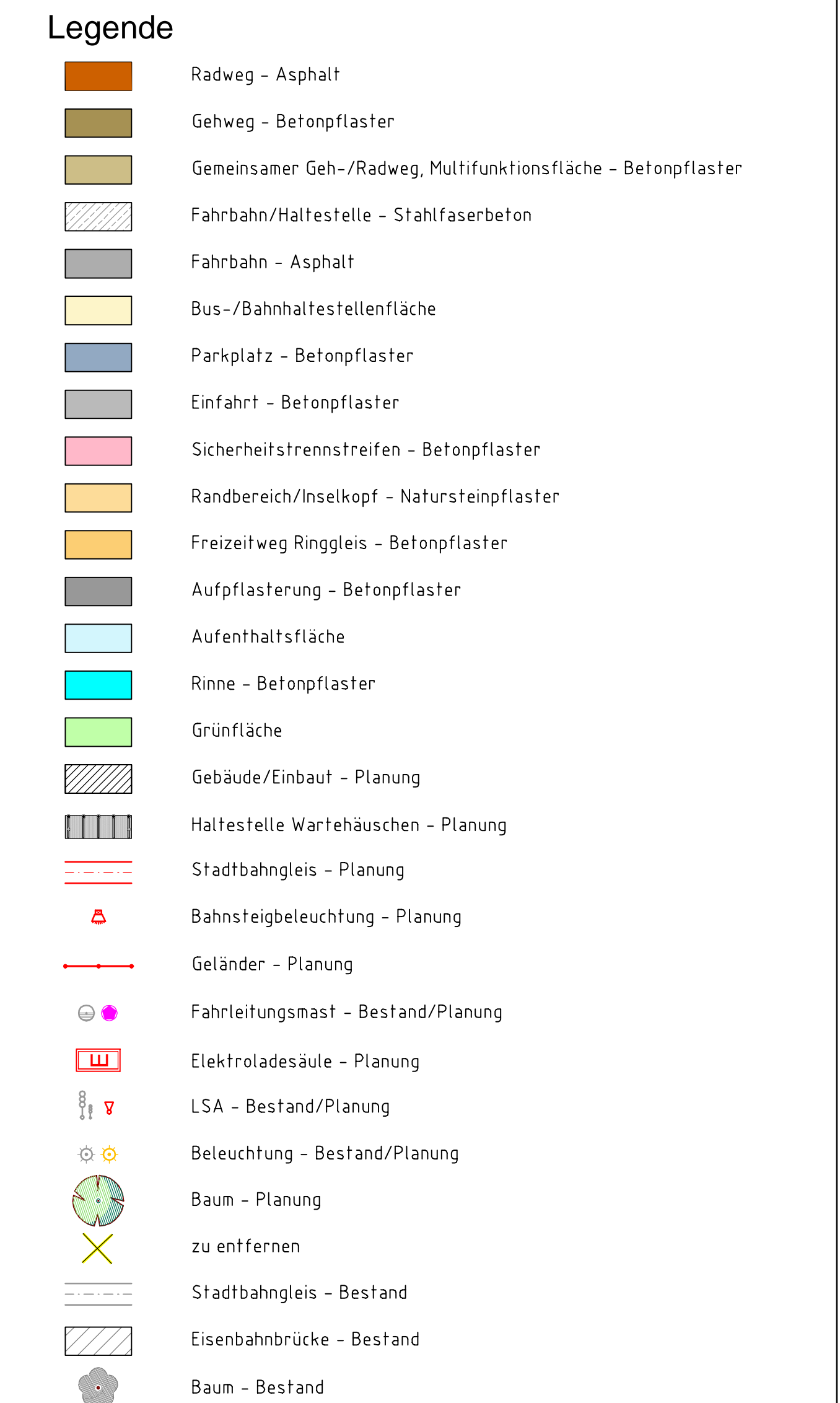
Nach dem Beschluss im Planungs- und Umweltausschuss wird bei der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) das Projekt zur Förderung angemeldet. Parallel dazu wird die Planung konkretisiert (Ausführungsplanung) und Ausschreibungen für die Umsetzung durchgeführt.

Im Jahr 2019 soll die Maßnahme im Sommer, parallel zu der Gleissanierung der Verkehrs-GmbH auf der Berliner Straße, umgesetzt werden. Für eine geringe Beeinträchtigung und eine Kostenbegrenzung für den Schienenersatzverkehr werden die Gleisarbeiten möglichst in den Sommerferien durchgeführt. Die gesamte Bauzeit beträgt 8 Monate.


Leuer

Anlage/n:

Entwurfsplan Mobilitätsverknüpfungspunkt Bahnhof Gliesmarode



Hinweis:
Die Anordnung der neuen LSA sind nur informativ im Lageplan dargestellt.
Die genaue LSA-Standorte erfolgen durch Planung von BELLIS!

2.			
1.			
Nr.	Art der Änderung	Datum	Aufgestellt
Entwurfsbearbeitung  B/M CONSULT Beratungsgesellschaft für Verkehrsplanung mbH Braunschweig / Hildesburg Langelstraße 3 38716 Braunschweig Tel. 0531 - 314551 Dellstraße - Straße 121 66116 Halle (Saale) Tel. 0345 - 5606677 Meissenstraße 3 33607 Bielefeld Tel. 0521 - 9698640		Datum Zeichen bearbeitet Apr. 2018 Heck/Tang gezeichnet Apr. 2018 Tang geprüft: 09.04.2018 Heck	
Die Umschreibe für die in vorliegender Unterlage dargestellte technische Lösung werden bei der B/M CONSULT GmbH Weitergabe und Vervielfältigung über die Grenzen der einmaligen, projektbezogenen Nutzungsmenge ohne schriftliche Zustimmung zu Schadenersatz.			
Bauphen:  Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Bureau 36 3810 Braunschweig		 Braunschweiger Verkehrs-GmbH Am Hauptbahnhof 28 3810 Braunschweig	
Unterlage 07 Blatt Nr. 1 Reg. Nr. 2018-005-101		Datum Zeichen	
Umgestaltung Verkehrsanlagen Bahnhof Glesmarode und Sanierung Berliner Straße (Abschnitt BF Glesmarode - Querfurter Straße) - Entwurfsplanung -		bearbeitet gezeichnet (nach-geprüft) freigegeben Lageplan BF Glesmarode Maßstab 1:250	
Aufgestellt: Braunschweig, den 2018 Stadt Braunschweig Der Bürgermeister		Zur Ausführung freigegeben: Braunschweig, den 2018 Stadt Braunschweig Der Bürgermeister	
Im Auftrag: _____		Im Auftrag: _____	

11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 201 202 203 204 205 206 207 208 209 210 211 212 213 214 215 216 217 218 219 220 221 222 223 224 225 226 227 228 229 230 231 232 233 234 235 236 237 238 239 240 241 242 243 244 245 246 247 248 249 250 251 252 253 254 255 256 257 258 259 260 261 262 263 264 265 266 267 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 283 284 285 286 287 288 289 290 291 292 293 294 295 296 297 298 299 300 301 302 303 304 305 306 307 308 309 310 311 312 313 314 315 316 317 318 319 320 321 322 323 324 325 326 327 328 329 330 331 332 333 334 335 336 337 338 339 340 341 342 343 344 345 346 347 348 349 350 351 352 353 354 355 356 357 358 359 360 361 362 363 364 365 366 367 368 369 370 371 372 373 374 375 376 377 378 379 380 381 382 383 384 385 386 387 388 389 390 391 392 393 394 395 396 397 398 399 400 401 402 403 404 405 406 407 408 409 410 411 412 413 414 415 416 417 418 419 420 421 422 423 424 425 426 427 428 429 430 431 432 433 434 435 436 437 438 439 440 441 442 443 444 445 446 447 448 449 450 451 452 453 454 455 456 457 458 459 460 461 462 463 464 465 466 467 468 469 470 471 472 473 474 475 476 477 478 479 480 481 482 483 484 485 486 487 488 489 490 491 492 493 494 495 496 497 498 499 500 501 502 503 504 505 506 507 508 509 510 511 512 513 514 515 516 517 518 519 520 521 522 523 524 525 526 527 528 529 530 531
--

Betreff:

**Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
"Rheingoldstraße / Zum Ölpersee", HA 140
Aufstellungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

30.04.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)

Sitzungstermin

24.05.2018

Status

Ö

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

30.05.2018

Ö

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

05.06.2018

N

Beschluss:

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rheingoldstraße / Zum Ölpersee“, HA 140, beschlossen.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Verwaltungsausschusses ergibt sich aus § 76 (2) S. 1 NKomVG. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Aufstellung von Bauleitplänen (Flächennutzungsplan/Bebauungsplan) um eine Angelegenheit, über die weder der Rat oder die Stadtbezirksräte zu beschließen haben noch der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist. Daher besteht eine Beschlusszuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Diese wurde auch nicht auf einen Ausschuss gemäß § 6 Hauptsatzung übertragen. Daher bleibt es bei der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses.

Planungsziel und Planungsanlass

In dem betreffenden und in der Anlage dargestellten Geltungsbereich ist nach einer in der Vergangenheit bereits erfolgten Ablehnung aktuell an einem anderen Standort die Nutzungsänderung einer erdgeschossigen Gewerbeeinheit in eine Spielhalle beantragt. Bisher konnten Genehmigungen von Vergnügungsstätten verhindert werden. Das städtebauliche Ziel des Bebauungsplanes HA 140 ist es, insbesondere solche Nutzungen auszuschließen, die häufig auch bodenrechtliche Spannungen auslösen und eine Verschlechterung der Gebietsqualität (Trading-Down-Effekt) in Folge der Verdrängung der neben der Wohnnutzung den Bereich mit prägenden, nicht störenden, gewerblichen Nutzung in der Erdgeschosszone nach sich ziehen.

Ein Teil des Plangebietes liegt im Geltungsbereich des seit 26. Januar 1952 rechtsverbindlichen Bebauungsplans „Siegfriedviertel–Donnerburgsiedlung“, HA 16. Dieser Bebauungsplan trifft jedoch keine Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung. Der Geltungsbereich ist derzeit überwiegend nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Nach dem vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Steuerungskonzept „Vergnügungsstätten“ ist grundsätzlich anzustreben, die Umgebung des Stadions und der Sportstätten insbesondere aufgrund ihrer Sportprägung und Familienorientierung frei von

Vergnügungsstätten zu halten. Nach Kap. 14.4 des Steuerungskonzeptes kommt im Untersuchungsraum Hamburger Straße nur der Bereich direkt nördlich der Anschlussstelle der A 392 für die Nutzung durch eine Vergnügungsstätte infrage, ohne bodenrechtliche Spannungen hervorzurufen.

Da die Flächen im südwestlichen Bereich der Rheingoldstraße sowie im Einmündungsbereich der Siegfriedstraße und der Straße Zum Ölpersee in die Hamburger Straße auch zukünftig der Wohnnutzung sowie verträglichen gewerblichen Nutzung vorbehalten bleiben sollen, empfiehlt die Verwaltung die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplans.

Einer möglichen städtebaulichen Fehlentwicklung, die aus der Ansiedlung von Vergnügungsstätten entstehen könnten, wie z. B. verklebte Schaufenster, Ansiedlung von Mindernutzungen und damit einhergehende Abwertung des Quartiers, sollte entgegengewirkt werden. Zudem fügen sich in dieser exponierten Lage an einer Hauptzufahrtsstraße in die Innenstadt gewerbliche Nutzungen in Form von Fremdwerbbeanlagen an Gebäudefassaden oberhalb der Erdgeschosszone nicht ein und führen zunehmend zu einer Beeinträchtigung des Ortsbildes.

Der Bebauungsplan soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 b BauGB und als einfacher Bebauungsplan im Sinne des § 30 BauGB aufgestellt werden. In ihm sollen einzig die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten bzw. Unterarten von Vergnügungsstätten sowie Werbeanlagen geregelt werden. Abgesehen von dieser Nutzungsart werden alle übrigen Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB (Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen) auch weiterhin nach § 34 BauGB beurteilt.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rheingoldstraße/Zum Ölpersee“, HA 140.

Leuer

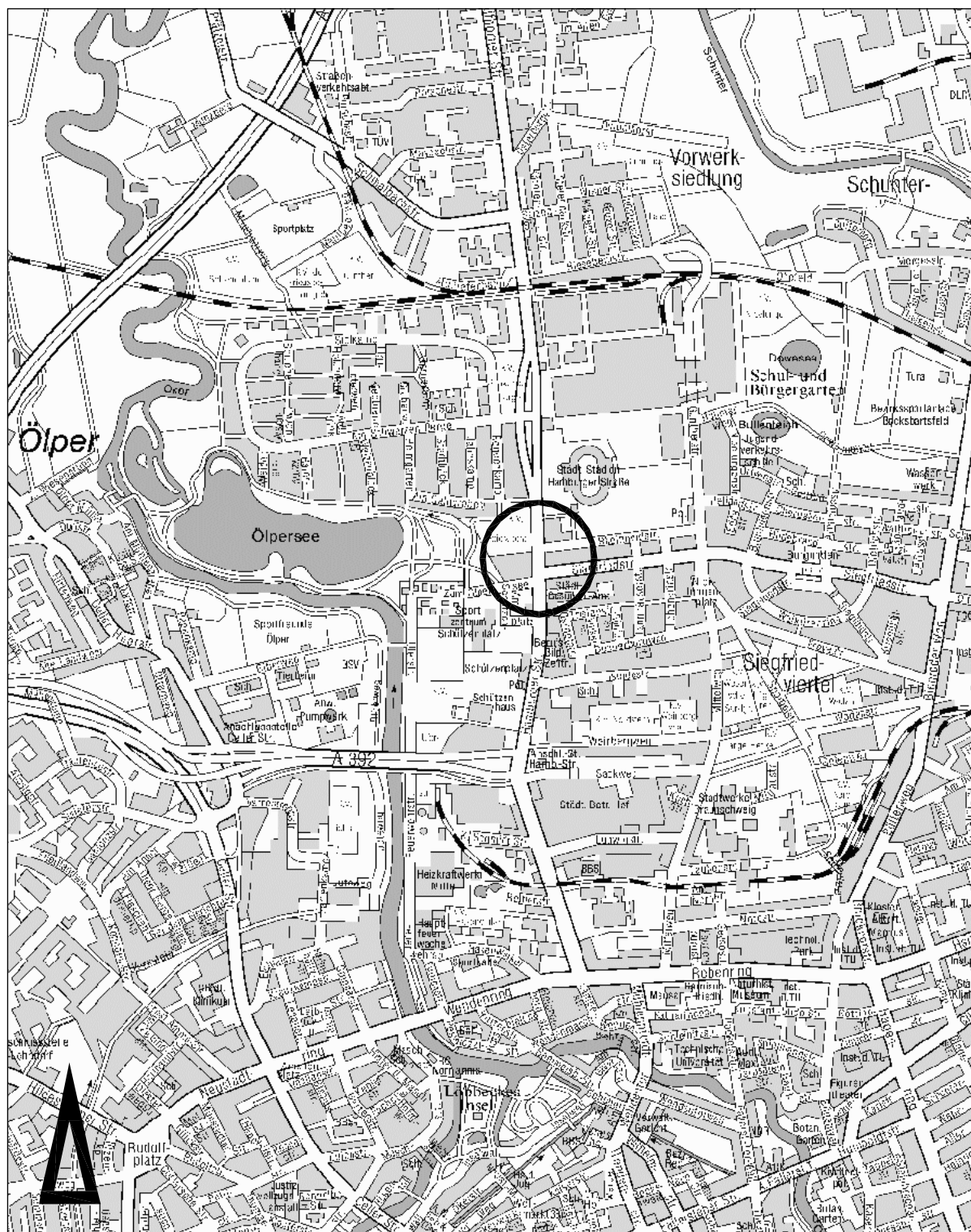
Anlage/n:

Anlage 1: Übersichtskarte
Anlage 2: Geltungsbereich

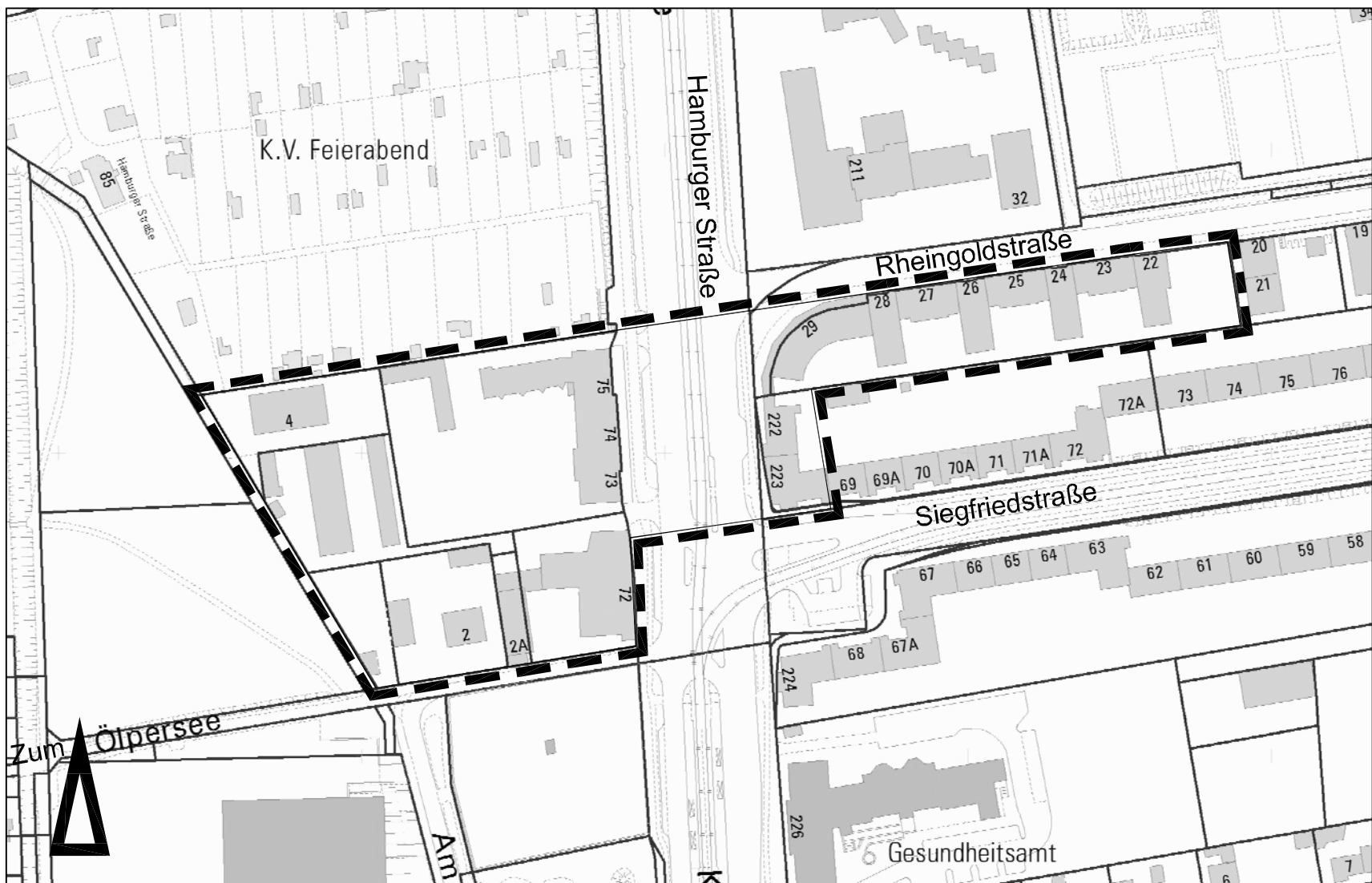
Bebauungsplan
Rheingoldstraße/ Zum Ölpersee

HA 140

Übersichtskarte



Maßstab 1:20000



Maßstab 1:1000

Stadtgrundkarte¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte²⁾

¹⁾ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

²⁾ © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfburg

<i>Betreff:</i> CoLiving Campus

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat	<i>Datum:</i> 14.05.2018
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 24.05.2018	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) "Denk Deine Stadt!" ist eine Ideenskizze entstanden, die das Gelände des sog. Campus Nord in den Blick nimmt, um dort langfristig ein Quartier für Forschen, Leben und Arbeiten zu entwickeln. Bislang sind weder seitens der Technischen Universität noch der Stadt Braunschweig Pläne entwickelt worden.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 1. November 2016 für den Bereich der Ottenroder Straße eine Vorkaufsrechtssatzung beschlossen. Hintergrund war der nach wie vor große Bedarf an zentral gelegenen Reserveflächen für die städtebauliche Entwicklung, u.a. für Wohnen, öffentliche Nutzungen oder Grün- und Freiflächen entlang des Ringgleises. Da der freihändige Erwerb nicht immer möglich ist, nutzt die Stadt das Instrument der Vorkaufsrechtssatzung. Andernfalls besteht die Möglichkeit, dass Investoren aus der freien Wirtschaft die Flächen nach und nach erwerben. Die Ziele der Investoren orientieren sich in der Regel schwerpunktmäßig an wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Stadt hingegen berücksichtigt stets auch das Wohl der Allgemeinheit.

Seit Beschluss der Vorkaufsrechtssatzung Ende 2016 gibt es bei der Stadt keinen neuen Sachstand hinsichtlich der Flächen im Bereich der Ottenroder Straße.

Die Initiative der TU Braunschweig zusammen mit der Göderitzstiftung bezüglich der Auslobung des Wettbewerbes wird dennoch unterstützt. Die Studenten haben die Möglichkeit, umfassende Planungsüberlegungen für den gesamten Bereich anzustellen. Die Ideen der Studenten sollen im Anschluss an den Wettbewerb seitens der TU bzw. der Stiftung der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden.

Zum Auftakt des Johannes Göderitz-Preises wurde am 20.04.2018 eine Pressemitteilung herausgegeben, die hier im Wortlaut noch einmal wiedergegeben wird:

„Auftakt zum Göderitz-Preis: Symposium „CoLiving Campus“

Auftakt zum diesjährigen Johannes-Göderitz-Preis zur Förderung studentischer und wissenschaftlicher Arbeiten: Über einhundert Studierende von fünf Universitäten haben am 18. und 19. April an einem zweitägigen wissenschaftlichen Symposium teilgenommen. Das von der Johannes Göderitz-Stiftung in Kooperation mit der Technischen Universität Braunschweig (TU) und der Stadt Braunschweig veranstaltete Symposium trug den Titel „CoLiving Campus – Urbanes kollaboratives Quartier zum Lernen, Forschen und Wohnen“. Beide Tage dienten dem Ideenaustausch zur Weiterentwicklung des Campus Nord der TU und seiner Umgebung.

Die Studierenden der Technischen Universität Kaiserslautern, der HafenCity Universität

Hamburg, der Leibniz Universität Hannover sowie der Technischen Universitäten Dresden und Braunschweig waren eingeladen, Ideen für einen neuen CoLiving Campus am heutigen Campus Nord der TU Braunschweig zu entwickeln. Das Auftaktsymposium bot eine Plattform für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis und gab Impulse für die Konzeptfindung im Rahmen des Wettbewerbs.

Die Verknüpfung von Stadt und Campus, die wachsende Nachfrage an universitätsnahen Einrichtungen sowie der steigende Bedarf an zugänglichem Wohn- und Arbeitsraum stehen im Vordergrund der Diskussion. Das CoLiving Campus soll auch die „Wissenschaftsstadt Braunschweig“ erfahr- und erlebbar machen: Urbanes Leben und Wohnen in einem Forschungsumfeld. Die Studierenden sind aufgerufen, sich über eine strategische Entwicklung des Quartiers um den Campus Nord Gedanken zu machen, indem sie die besonderen Qualitäten beachten und die bestehenden Strukturen einbeziehen. Nach dem Ende des Symposiums beginnen die Studierenden jetzt mit der Entwurfsarbeit. Die Ergebnisse werden dann im Herbst 2018 prämiert und, wie in den Vorjahren, der Öffentlichkeit präsentiert. Ziel ist es, auf Grundlage der Entwürfe einen strategischen Masterplan zu entwickeln, um die städtebauliche Struktur zu definieren und zugleich Spielraum für Experimente anzubieten. Dies soll in mehreren Phasen und Szenarien gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern geschehen.

Zur Person: Johannes Göderitz

Johannes Göderitz (1888 bis 1978) war Architekt und Stadtplaner. Er entwarf die Magdeburger Elbhalle, deren Grundstein 1927 gelegt wurde, und wurde im selben Jahr Magistratsbaurat von Magdeburg. Unter seiner Leitung entstanden in Magdeburg moderne städtebauliche Objekte wie Krankenhäuser, Bäder, Schlachthof, Stadtwerke und Schulen, die die Stadt zum Teil noch heute prägen. Göderitz galt als prominenter Vertreter des so genannten Neuen Bauens. Von den Nationalsozialisten wurde er als „Kulturbolschewist“ geächtet und seines Amtes enthoben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Göderitz von 1945 bis 1953 Stadtbaurat in Braunschweig und leitete den Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Zudem lehrte er von 1945 bis 1950 an der Technischen Hochschule Landesplanung, Städtebau und Wohnungswesen. Von 1960 bis 1962 leitete Göderitz das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der TU. Der Johannes-Göderitz-Preis wurde erstmals 1983 vergeben.“

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Betreff:
Projekt "Stolpersteine 2018"

Organisationseinheit: DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat	Datum: 04.05.2018
--	----------------------

Beratungsfolge Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Entscheidung)	Sitzungstermin 24.05.2018	Status Ö
---	------------------------------	-------------

Beschluss:

Der Verlegung sogenannter Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig im öffentlichen Straßenraum vor dem in der Vorlage bezeichneten Grundstück wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Gemäß § 93 Abs. 1 Ziffern 5 und 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Ziffer 8 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig vom 8. November 2011 in der derzeit geltenden Fassung entscheiden die Stadtbezirksräte über die Aufstellung von Kunstwerken. Vorliegend handelt es sich bei der Verlegung sogenannter Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig um derartige Kunstwerke.

Entsprechend dem Konzept des Projektes Stolpersteine enthalten jeweils neu zu verlegende Steine den Namen der Opfer des Nationalsozialismus sowie kurze Angaben zum Geburtsjahr und zum jeweiligen Schicksal.

Der Verein „Stolpersteine für Braunschweig e. V.“ hat die folgenden Daten zu den Personen ermittelt und der Verwaltung mitgeteilt:

Schleinitzstr. 1

Abraham Ziegelstein

Geboren: 12.7.1879
Ausbildung/ Beruf: Kaufmann
Wohnort: Schleinitzstr. 1, Braunschweig
Grund der Verfolgung: Jude
Verfolgung: 1936 war er gezwungen, sein Geschäft aufzugeben.
Am 09.11.1938 wurde er verhaftet und daraufhin am 11. November als „Aktionsjude“ inhaftiert. Entlassen wurde er am 27.11.1938.
Nach erfolglosen Versuchen, ein Visum für die Ausreise zu bekommen, erhängte er sich 1940 in seiner Wohnung.
Verlegungsort: Schleinitzstr. 1
Grund der Verlegung: Bitte der Zeitzeugin Sigrid Probst, die die Familie kannte.
Recherche: Peer Leader International Braunschweig

Käthe Ziegelstein, geb. Katzenstein

Geboren: 7.5.1888
Ausbildung/ Beruf: vermutlich Hausfrau
Wohnort: Schleinitzstr. 1
Grund der Verfolgung: Jüdin

Verfolgung: Nach dem Selbstmord ihres Mannes 1940 musste Käthe in das „Judenhaus“ Ferdinandstr. 9 umziehen. Sie starb 1942 im Marienstift.

Verlegungsort: Schleinitzstr. 1

Grund der Verlegung: Bitte der Zeitzeugin Sigrid Probst, die die Familie kannte.
Recherche: Peer Leader International Braunschweig

Irene Ziegelstein, verheiratete Flaton

Geboren: 13.4.1919

Ausbildung/ Beruf: Ein Jahr Besuch der wirtschaftlichen Frauenschule in Wolfratshausen bei München. Von April 1936 bis April 1937 Absolvierung eines chemotechnischen Kursus' an einer Privatschule in Berlin. Von April 1938 bis August 1938 Arbeit als Freiwillige im jüdischen Krankenhaus Berlin. Ab Oktober 1938 bis 09.11.1938 Teilnahme an einem Kursus im Biochemischen Laboratorium des Krankenhauses Gagenstraße in Frankfurt am Main.

Wohnort: Sie arbeitete in den USA dann als Friseurin und Cosmetologin.
Schleinitzstr. 1

Grund der Verfolgung: Jüdin

Verfolgung: Emigration nach England. Von dort am 24.9.1940 mit der „RMS Scynthia“ in die USA gereist. Letzter bekannter Wohnort war Los Angeles, Kalifornien.

Verlegungsort: Schleinitzstr. 1

Grund der Verlegung: Bitte der Zeitzeugin Sigrid Probst, die die Familie kannte.
Recherche: Peer Leader International Braunschweig

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Betreff:

Verwendung von bezirklichen Mitteln 2018 im Stadtbezirksrat 331 - Nordstadt

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

02.05.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Entscheidung)

Sitzungstermin

24.05.2018

Status

Ö

Beschluss:

Die in 2018 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 331 – Nordstadt werden wie folgt verwendet:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Einrichtungsgegenstände für bezirkliche Schulen | 850,50 € |
| 2. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen | 10.500,00 € |

Die Verwendungsvorschläge ergeben sich aus dem Begründungstext und den Anlagen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2018.

Sachverhalt:

Für die Verwendung der bezirklichen Mittel im Stadtbezirk 331 – Nordstadt – unterbreitet die Verwaltung dem Stadtbezirksrat folgende Vorschläge:

Zu 1.: Einrichtungsgegenstände für bezirkliche Schulen **850,50 €**

Grundschule Am Schwarzen Berge	
Aktenschrank	318,80 €

Grundschule Bültenweg	
Tische	392,70 €

Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße	
Flipchart	139,00 €

Zu 2.: Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen **10.500,00 €**

Sielkamp	
Gehweg Nordseite vor Haus-Nr. 8/Bushaltestelle Sielkamp	
Auswechseln der Gehwegplatten und Regulierung der	
Schottertragschicht, einzelne defekte Tiefborde erneuern	
beitragspflichtig*	4.000,00 €

Sielkamp	
Gehweg Ostseite gegenüber Seniorenheim Nr. 1 D	

Auswechseln der Gehwegplatten und Regulierung der
Schottertragschicht
beitragspflichtig*

6.500,00 €

(* erst abrechenbar, wenn die jeweilige Anlage durchgängig erneuert ist)

Zu den Verwendungsvorschlägen bezüglich Grünanlagenunterhaltung wird die
Fachverwaltung zu einem späteren Zeitpunkt eine Beschlussvorlage einbringen.

Der Stadtbezirksrat 331 – Nordstadt – hat im laufenden Haushaltsjahr von dem
Recht Gebrauch gemacht, die Haushaltsmittel als Budget zugewiesen zu bekommen
(siehe § 16 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig). Verschiebungen zwischen
den einzelnen Teilbudgets sind somit möglich.

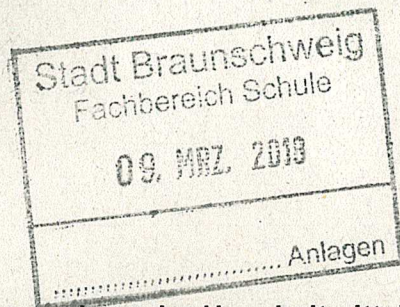
Ruppert

Anlage/n:

Anträge der bezirklichen Schulen

Schule

Stelle 40.12



Vorschlag über die Verwendung der Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates

Hiermit beantrage ich für meine Schule die folgenden Einrichtungsgegenstände:

Einrichtungsgegenstand	Kosten
Alkenschrank	318,80 €
	€
	€
	€

Der Gesamtumfang der Maßnahme beläuft sich auf 318,80 €, einschließlich MwSt, Lieferkosten etc. siehe Angebot.

Entsprechende Angebote bzw. Katalogseiten, aus denen die Kosten ersichtlich sind, sind beigelegt. Eventuelle Mehrkosten werden aus dem Schuletat bestritten.

Begründung zur schulischen Notwendigkeit (ggf. auch zur Finanzierung):

Da der Computerraum vielseitig genutzt wird, benötigen die Lehrkräfte dringend noch einen abschließbaren Schrank für verschiedene Schülerunterlagen.


 Unterschrift Schulleitung

Schule

Stelle 40.12

Vorschlag über die Verwendung der Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates

Hiermit beantrage ich für meine Schule die folgenden Einrichtungsgegenstände:

Einrichtungsgegenstand	Kosten
2 * Tisch (Halbrund DANATV) à 165,- € 4070. hr + 199 € MwSt	2 * 196,35 € = <u>392,70</u> €
	€
	€
	€

Der Gesamtumfang der Maßnahme beläuft sich auf 392,70 €, einschließlich MwSt, Lieferkosten etc.

Entsprechende Angebote bzw. Katalogseiten, aus denen die Kosten ersichtlich sind, sind beigefügt. Eventuelle Mehrkosten werden aus dem Schuletat bestritten.

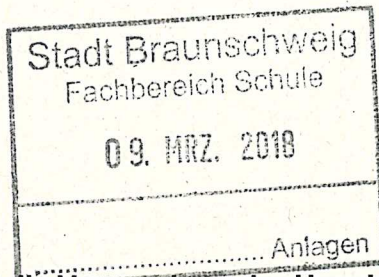
Begründung zur schulischen Notwendigkeit (ggf. auch zur Finanzierung):

Die Beschaffung der o.g. Halbrund-Tische ist für die Schulbücherei vorgesehen. Die runde Form unterstützt die Kommunikation der Kinder untereinander, z.B. bei Lesesitzeln. Gleichzeitig werden kooperative Lernsituationen ermöglicht bzw. gefördert, die sich daneben positiv auf das Sozialverhalten der Kinder auswirken kann.


Unterschrift Schulleitung

Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße Braunschweig
Schule

Stelle 40.12



12/3, 18
Helm 1303

Vorschlag über die Verwendung der Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates

Hiermit beantrage ich für meine Schule die folgenden Einrichtungsgegenstände:

Einrichtungsgegenstand	Kosten
Flipchart mobil	139,00 €
	€
	€
	€

Der Gesamtumfang der Maßnahme beläuft sich auf 139,00 €, einschließlich MwSt, Lieferkosten etc.

Entsprechende Angebote bzw. Katalogseiten, aus denen die Kosten ersichtlich sind, sind beigefügt. Eventuelle Mehrkosten werden aus dem Schuletat bestritten.

Begründung zur schulischen Notwendigkeit (ggf. auch zur Finanzierung):

Ein mobiles Flipchart ist für den Einsatz in drei Etagen bei vielen Schulveranstaltungen wie Elterninformationsabende, Schuleltern- und Schulvorstandssitzungen, Dienstbesprechungen etc. sehr hilfreich.

s. Anlage Kopie „Backwinkel“

06. MRZ. 2018

A. Zimmer
Unterschrift Schulleitung

Grund- und Hauptschule
Pestalozzistraße
Pestalozzistraße 18
38114 Braunschweig
Tel.: 0531 - 208 24 30

Betreff:

Einführung einer flächendeckenden Tempo-30-Zone im gesamten Gebiet Schwarzer Berg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.03.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Beantwortung)

24.05.2018

Status

Ö

Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, um die Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich der Straßenzüge Am Schwarzen Berge/Sielkamp anzuordnen, damit eine flächendeckende Tempo-30-Zone für alle Straßen in diesem Quartier vorhanden wäre?

Sachverhalt:

Bisher sind im Schwarzen Berg nur einige wenige Tempo-30-Bereiche eingerichtet. Der beabsichtigte Effekt einer Verkehrsberuhigung und Schutz von Fußgängern (insbes. Kinder und ältere Mitbürger) ist nicht im erwarteten Umfang eingetreten. Die Geschwindigkeit wird nicht im erforderlichen Umfang reduziert. Auch wären weitere Bereiche wie z.B. am Altenheim unbedingt mit einzubeziehen.

Aus diesem Grund sollte der gesamte Schwarze Berg zu einer Tempo-30-Zone erklärt werden, vergleichsweise zu anderen Stadtgebieten wie im östliches Ringgebiet, Gebiet zwischen Wendenring/Okerumflut/Mühlenpfordtstr. und anderen.

Viele Anwohner des Schwarzen Berges haben uns um diese Maßnahme gebeten.

Gez.

Peter Kranz

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 331

TOP 11.2

18-07771

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Prüfung eines Modellprojektes Tempo 30 auf dem Ring von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.03.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Beantwortung)

24.05.2018

Status

Ö

Unter welchen Bedingungen kann auf dem Ring, ausgehend vom Hagenring über den Rebenring und Wendenring bis Maschplatz/Oker, von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr Tempo 30 in Form eines Modellprojektes eingerichtet werden?

Sachverhalt:

Bei diesem Bereich des Ringes handelt es sich um einen Lärmschwerpunkt. Bisher erfolgten in diesem Bereich (außer dem Versuch mit sog. Flüsterasphalt in einem Teilbereich des Rebenringes) keine Maßnahmen im Sinne des Lärmaktionsplans.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wie z.B. teilweiser Blockrandbebauung scheinen alternative Maßnahmen zur Lärmreduktion ungeeignet. Das nächtliche Tempolimit verspricht eine deutliche Verbesserung für die AnwohnerInnen der betroffenen Bereiche bei nur geringer Beeinträchtigung der (wenigen nächtlichen) VerkehrsteilnehmerInnen.

Modellprojektbeispiele gibt es z.B. in Kaiserslautern, Berlin Mainz, Frankfurt am Main und anderen Städten.

Gez.

Peter Kranz

Anlagen:

keine

Betreff:

Zustand der Freyastraße auf Höhe der Kleingartenvereine und des Familienzentrums St. Georg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.02.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Beantwortung)

15.02.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Seit Jahren ist zu beobachten, dass sich der Zustand der Freyastraße in benanntem Abschnitt deutlich verschlechtert. Zu einem wird die Qualität des Straßenbelags kontinuierlich schlechter (Schlaglöcher), zum anderen sind mehrere Bäume mittlerweile gefällt worden bzw. abgängig. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

- a) Wie beurteilt die Verwaltung den Zustand der Straße im o.g. Bereich und welchen Handlungsbedarf sieht sie?
- b) Gibt es Überlegungen oder Pläne in diesem Bereich auf der Südseite der Freyastraße Wohnungsbau zuzulassen?
- c) Welchen zeitlichen Horizont sieht die Verwaltung für eine Sanierung der Straße unabhängig von einer evtl. Wohnbebauung im Südbereich der Freyastraße?

Gez.

Peter Kranz

Anlagen:

keine

Betreff:

Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023

Organisationseinheit:

Dezernat II
0120 Stadtentwicklung und Statistik (Wahlen)

Datum:

16.03.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Anhörung)	09.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	10.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	16.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	17.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	17.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	18.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Anhörung)	19.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Anhörung)	19.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	02.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	09.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme (Anhörung)	15.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	16.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	17.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	23.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	23.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	24.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	29.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	29.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Anhörung)	31.05.2018	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.06.2018	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.06.2018	Ö

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt der Vorschlagsliste (Liste 1 – Teil A und B) zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 zu.

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Altersgrenzen nicht einhalten (Liste 2), die keinen Wohnsitz in Braunschweig haben (Liste 3), die Polizeivollzugsbeamte sind (Liste 4) oder deren Antrag erst nach dem 28.2.2018 eingegangen ist (Liste 5) werden nicht in die Vorschlagsliste aufgenommen.

Sachverhalt:

Gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) hat die Stadt Braunschweig im Jahr 2018 eine Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen aufzustellen. Die Vorschlagsliste wird an das Amtsgericht Braunschweig gemeldet, wo sie mit den Vorschlagslisten der anderen Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks zu einer Gesamtliste zusammengeführt wird.

Aus der Gesamtliste wählt bis zum 15. Oktober 2018 ein am Amtsgericht ansässiger Schöffenvwahlausschuss die Schöffinnen und Schöffen sowie die Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für das Amts- und das Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023.

Mit Schreiben vom 22. Dezember 2017 hat der Präsident des Amtsgerichts die Stadt Braunschweig aufgefordert, bis zum 1. Juli 2018 mindestens 88 Personen für die vom Amtsgericht Braunschweig und mindestens 494 Personen für die vom Landgericht Braunschweig (Strafkammern) benötigten Haupt- und Hilfsschöffen vorzuschlagen. Somit sind insgesamt **mindestens 582 Personen** vorzuschlagen.

Um diese hohe Zahl vorzuschlagender Personen zu erreichen (im Jahr 2013 lag die Zahl noch bei mindestens 356 Personen), intensivierte die Verwaltung die Öffentlichkeitsarbeit zum Schöffenamtsamt. Unter anderem wurde wiederholt über die Medien informiert und auch die im Rat vertretenen Parteien und die Wählergruppe wurden gebeten, ihre Möglichkeiten als Multiplikatoren zu nutzen. Interessierte konnten eine Aufnahme bis zum 28. Februar 2018 beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sich insgesamt 1.132 Personen um die Aufnahme in die Braunschweiger Vorschlagsliste beworben. Da die erforderliche Mindestzahl bereits Ende Februar überschritten war, wurden Bewerbungen nach dem genannten Stichtag nicht mehr in die Vorschlagsliste Liste 1 aufgenommen.

Alle in der Anlage Liste 1 aufgeführten Personen (1.096 Personen) sind mit den in § 36 (2) GVG geforderten Daten aufgenommen und erfüllen die formalen Voraussetzungen zur Übernahme des Schöffenamtes gemäß der §§ 31 bis 34 GVG, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte.

Gemäß § 33 GVG sollen zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden:

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;
2. Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;
3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht in der Gemeinde wohnen;
4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind;
5. Personen, die mangels ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache für das Amt nicht geeignet sind;
6. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

In den anliegenden Listen 2 und 3 sind Personen aufgeführt, die gem. § 33 Ziffern 1, 2 und 3 GVG nicht zu dem Amt eines Schöffen berufen werden sollen, da sie bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden, sie das siebzigste Lebensjahr bis zum Beginn der Amtsperiode vollendet haben oder vollenden würden oder sie nicht in der Gemeinde wohnen.

Gemäß § 34 Abs. 1 Ziffer 5 GVG sollen zu dem Amt eines Schöffen ferner Polizeivollzugsbeamte nicht berufen werden. Der betroffene Personenkreis ist in Liste 4 aufgeführt.

Weiterhin sind in Liste 5 Anträge von Personen aufgeführt, deren Antrag auf Aufnahme in die Schöffenvorschlagsliste erst nach dem veröffentlichten Fristende 28. Februar 2018 eingegangen ist.

Die Verwaltung schlägt vor, Personen in den Listen 2 bis 5 aus den genannten Gründen nicht in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Soweit Antragssteller einer Nichtaufnahme aus Altersgründen gegenüber der Verwaltung bereits widersprochen haben, sind entsprechende Schreiben der Liste 2 zur Kenntnisnahme beigelegt.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist gemäß § 36 (1) GVG die **Zustimmung des Rates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder erforderlich**.

Nach § 94 (1) Nr. 7 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sind die 19 Stadtbezirksräte vor der Aufstellung der Vorschlagsliste zur Schöffenwahl anzuhören. In Liste 1.1 ist die Liste 1 deshalb zur besseren Übersicht nach Stadtbezirken gruppiert.

Im Anschluss an die Ratsentscheidung wird die Vorschlagsliste eine Woche öffentlich ausgelegt. In der Woche nach der Auslegung kann Einspruch gegen die Vorschlagsliste erhoben werden. Die Vorschlagsliste nebst eventuellen Einsprüchen wird anschließend dem zuständigen Richter am Amtsgericht übergeben (§§ 36 (3), 37, 38 GVG).

Die Verwaltung weist daraufhin hin, dass alle Anlagen zu dieser Vorlage wegen der enthaltenen Personendaten vertraulich zu behandeln sind. Entsprechend sind sie als nichtöffentliche Anlagen klassifiziert.

i. V.

Ruppert

Anlage/n:

Alle Anlagen sind wegen vertraulicher Personenangaben nichtöffentlich:

- Liste 1 (Teil A –Frauen und Teil B – Männer)
- Liste 1.1 (Liste 1 gruppiert nach Stadtbezirken)
- Liste 2 (nicht aufgenommene Anträge wegen Unter- bzw. Überschreiten der Altersgrenze mit Anlagen)
- Liste 3 (nicht aufgenommene Anträge wegen fehlendem Wohnsitz in Braunschweig)
- Liste 4 (nicht aufgenommene Anträge wegen der Berufsgruppe „Polizeivollzugsbeamte“)
- Liste 5 (nicht aufgenommene Anträge wegen Antragseingang nach dem gesetzten Fristende 28.2.2018)